



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter Juli/August 2019

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 6
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 11
Neu in der Bibliothek.....	S. 14
Am rechten Rand.....	S. 16
Bildnachweise und Impressum.....	S. 18

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wird intensiv über Rechtsterrorismus und rechte Gewalt in Deutschland diskutiert. Nach den NSU-Morden und -Anschlägen fragen sich viele erneut, welche Gefahren von einem rechten Netzwerk ausgehen. Ob der Täter Stephan Ernst Kontakte zu „Combat 18“ (der nach Angaben der NRW-Landesregierung auch Delikte im Regierungsbezirk Köln zugewiesen werden) hatte, ist zwar noch nicht geklärt. Unabhängig davon war Ernst an Aktionen und Übergriffen der rechten Szene beteiligt. Zusammen mit seinem mutmaßlichen Helfer war er beispielsweise bei dem Angriff auf eine DGB-Kundgebung in Dortmund dabei.

Anders als beim NSU wurde in der Öffentlichkeit viel dringlicher die Untersuchung der Zusammenhänge in der rechten Szene gefordert. Die Recherchen der immer wieder als „Lügenpresse“ verunglimpften Medien, wie auch von Initiativen oder der Mobilen Beratung, sind hierfür unverzichtbar. Ein weiterer Unterschied zur NSU-Diskussion besteht auch darin, dass Politiker/innen aller demokratischer Parteien – mit teils sehr deutlichen Worten – betonen, dass die Hetze gegen Walter Lübcke den Boden für die Gewalt bereitet haben. Lübcke war wegen seiner Haltung zu Geflüchteten massiv bedroht worden.

So wie viele derjenigen, die nicht in das völkische Weltbild der extremen Rechten passen, sehen sich auch Engagierte aus Politik und Zivilgesellschaft schon seit Langem entsprechenden Einschüchterungsversuchen und verbalen Übergriffen ausgesetzt. Die Drohungen gegen

die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und den Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein (die beiden schon Opfer rechter Gewalt wurden) sind da nur die Spitze des Eisberges.

Es ist gut, dass die Gefahren des Rechtsextremismus ernst genommen werden. In der Frage, was denn nun zu tun sei, scheinen jedoch Vorschläge, die auf die Aberkennung von Grundrechten von Rechtsextremisten weniger zielführend. Weder die Ausweitung der Kompetenzen von Sicherheitsbehörden, noch die alleinige „Aufklärung“ an Schulen werden extrem rechte Gewalt verhindern können. Kurzfristige Sofortmaßnahmen zeugen eher von Hilflosigkeit. Gefordert sind langfristig angelegte gesamtgesellschaftliche Strategien. Diese müssen nicht neu erfunden werden. Eine Menge Ideen liegen hier vor. So haben beispielsweise die von den Landesparlamenten eingesetzten NSU-Untersuchungsausschüsse wie auch insbesondere der Ausschuss des Deutschen Bundestages in ihren Abschlussberichten etliche Vorschläge unterbreitet. Es wäre jetzt an der Zeit, diese Vorschläge konsequent umzusetzen und die begonnenen Prozesse der Arbeit gegen rechts und für Demokratie gemeinsam und intensiv fortzuführen.

Trotz der Sommerzeit gibt es einige interessante Veranstaltungen im Angebot. Ich hoffe, dass Sie in diesem Newsletter wieder interessante Informationen finden. Die nächste Ausgabe erscheint im September 2019.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Öffentliche Führungen im Juli und August 2019

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner zu folgenden Terminen:

Donnerstag, 4. Juli 2019, 18.30 (KölnTag)

Samstag, 6. Juli 2019, 14 Uhr

Freitag, 19. Juli 2019, 15 Uhr

Donnerstag, 1. August 2019, 18.30 (KölnTag)

Samstag, 3. August, 14 Uhr
Freitag, 16. August, 15 Uhr

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr:
fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (am Donnerstag, den 4.07.2019 und 1.08.2019 ist KölnTag: Freier Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)



Neues Bauen im Rheinland und in Palästina – Erez Israel:

Josef Rings und Erich Mendelsohn

Führungen durch die Sonderausstellung, 5. und 14. Juli 2019, EL-DE-Haus



Die Architekten Josef Rings (1878–1957) und Erich Mendelsohn (1887–1953) stehen beispielhaft für zwei Vertreter der architektonischen Moderne in Deutschland und später im Exil in Palästina. Den Zenit ihres beruflichen Erfolges hatten sie parallel zum sich entfaltenden Bauhaus er-

reicht. Durch den Machtantritt der Nationalsozialisten waren sie gezwungen, Deutschland Richtung Erez Israel zu verlassen. Dort gelang es beiden, sich erneut in ihrem Beruf zu etablieren und weiterhin größere Projekte zu verwirklichen.

Die Ausstellung zeigt einige der Bauwerke, die beide Architekten im Deutschen Reich und insbesondere im Rheinland und im Ruhrgebiet

geschaffen haben, sowie ihr Wirken in dem damaligen Mandatsgebiet Palästina. Die von Dr. Micha Gross (Tel Aviv) und Dr. Ines Sonder (Potsdam) kuratierte Ausstellung ist ein aktueller Beitrag des NS-DOK zu dem 100. Jubiläumsjahr des Bauhauses. Sie ist für Köln von besonderem Interesse, da sie einen Einblick in die Bauhaus-Architektur unserer Partnerstadt Tel Aviv bietet.

Ausstellung und Katalog sind das Ergebnis einer Kooperation des Bauhaus Centers Tel Aviv, der Alten Synagoge Essen und des Moses Mendelsohn Zentrums Potsdam.

Die Ausstellung ist als „kleine Ausstellung im Gewölbe“ bis noch zum 14. Juli 2019 im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Öffentliche Führungen durch die Sonderausstellung mit Martin Vollberg:

Freitag, 5. Juli 2019, 15 Uhr: Eintritt zzgl. 4,50 Euro Führungsgebühr

Sonntag, 14. Juli 2019, 14 Uhr: Eintritt zzgl. 2 Euro Führungsgebühr

Wo die Freiheit wächst. Ein Briefroman zu den Edelweißpiraten **Buchvorstellung, Donnerstag, 4. Juli 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus**



Zur Einstimmung auf das Edelweißpiratenfestival stellt der Kölner Autor Frank Maria Reifenberg sein neues Jugendbuch vor, das von Liebe, Freiheit und Widerstand in den Zeiten der NS-Diktatur handelt. Die Protagonistin Lene Meister ist 16 Jahre alt und Auszubildende in einem Friseursalon in der Domstadt. Doch der

Krieg raubt ihr viel von dem, was sich ein Mädchen in ihrem Alter erträumt. Lene lässt sich nicht unterkriegen und versucht tapfer, die Familie zusammenzuhalten. Mit jeder neuen Todesnachricht von der Front und mit dem allmählichen Verschwinden ihrer jüdischen Freunde beginnt sie mehr am NS-Regime zu zweifeln. In dieser Zeit zwischen Furcht, Verzweiflung und Hoffnung lernt sie Erich kennen und verliebt sich. Bald entdeckt Lene, dass Erich ein gefährliches Spiel spielt. Er gehört zu den Jugendlichen, die nicht in Reih und Glied marschieren wollen: zu den Edelweißpiraten. Sie tragen keine Uniformen und singen ihre eigenen Lieder. Sie beschmierern die Wände mit Anti-Nazi-Parolen und teilen regimekritische Flugblätter aus. Und das alles ist der Gestapo ein großer Dorn im Auge.

Mit Frank Maria Reifenberg

Moderation: Dr. Martin Rütter

Eintritt: 4,50 €, erm. 2 €

Edelweißpiratenfestival

Open Air Veranstaltung, Sonntag, 7. Juli 2019, 14 Uhr, Köln-Südstadt

Das lebendige Denkmal zu Ehren der unangepassten Jugend während der NS-Diktatur findet in diesem Jahr zum 15. Mal wieder an dem traditionellen Termin – am Sonntag vor den NRW-Sommerferien – statt. Als Ehrengast wird Jupp „Matuschka“ Fedler (*1923) erwartet, der während der NS-Zeit der katholischen »Sturmschar« angehörte.

In diesem Jahr wird sich das Festival auf unterschiedliche Weise mit dem Thema »Zuflucht Wald« beschäftigen, insbesondere im Rahmenprogramm. Anlässlich des „runden“ Jubiläums erscheint eine Neuauflage des lange vergriffen gewesenen Bandes „Gefährliche Lieder. Lieder und Geschichten der unangepassten Jugend im

Rheinland 1933–1945“.

Das genaue Programm, an dem sich unter anderem 25 unangepasste Bands aus der Region betei-



ligen, wird kurz vorher bekanntgegeben unter: www.edelweisspiratenfestival.de.

Veranstalter: Edelweißpiratenclub e.V. in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und Humba e.V.

Ort: Friedenspark, Köln-Südstadt

Eintritt: frei



Vor 80 Jahren: Rettung jüdischer Kinder durch „Kindertransporte“ Podiumsgespräch, Donnerstag, 11. Juli 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Im Juli 1939 verließ der letzte von insgesamt vier Kindertransporten mit Schülerinnen und Schülern des jüdischen Reformgymnasiums Jawne Köln. Seit Januar 1939 war es dem Schulleiter Dr. Erich Klibansky gelungen, etwa 130 Kindern und Jugendlichen eine Auswanderung nach Großbritannien zu ermöglichen und sie vor

der Verfolgung unter dem NS-Regime zu retten.

Als Reaktion auf das Novemberpogrom 1938 im Deutschen Reich hatte sich Großbritannien zur Aufnahme minderjähriger Kinder und Jugendlicher ohne Begleitung ihrer Eltern bereit erklärt. Seitdem war Klibansky darum bemüht gewesen, mit „Kindertransporten“ seine gesamte Schule nach dort zu verlegen. Dieses Ziel konnte er zwar nicht erreichen, weil das Hilfsprogramm mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs eingestellt wurde. Doch immerhin konnte er rund ein Viertel seiner Schülerinnen und Schüler retten.

Er selbst kehrte stets nach Köln zurück, um von hier aus weitere Transporte organisieren zu

können. Ihm und seiner Familie gelang die Flucht nicht mehr. Am 20. Juli 1942 wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau und den Söhnen Richtung Minsk deportiert und bei Ankunft an der nahe gelegenen Mordstätte Trostenez ermordet.

Kurt Marx, geboren 1925 in Köln, war seit Mitte der 1930er Jahre Schüler der Jawne und kam im Januar 1939 mit dem ersten von Dr. Klibansky organisierten Kindertransport nach London. Zunächst besuchte er eine englische Schule, musste diese als Deutscher aber mit Kriegsbeginn im September 1939 wieder verlassen. Er begann eine Lehre als Diamantenschleifer und arbeitete fortan im Diamantenhandel. Seine Eltern wurden wie die Familie Klibansky im Juli 1942 deportiert und in Trostenez ermordet. 1947 heiratete Kurt Marx seine Frau, eine Überlebende des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Bis heute lebt Kurt Marx in London.

Mit Kurt Marx (Großbritannien) und Adrian Stellmacher (Lern- und Gedenkort Jawne)

Moderation: Larissa Schmitz

In Kooperation mit dem Lern- und Gedenkort Jawne

Eintritt: frei

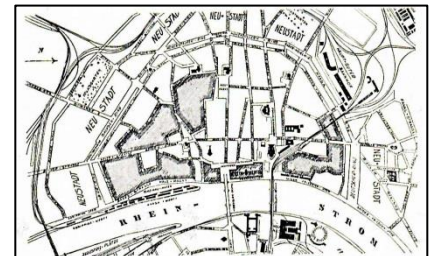
Das städtische Amt „Altstadtgesundung“

Rassistische Ausgrenzung und Verfolgung über „Bausachen“

Stadtspaziergänge, Donnerstag, 14.07. und Sonntag, 18.08.2019, 15–16.30 Uhr

1935 richtete die Stadt Köln das Amt Altstadtgesundung offiziell ein. Mehrere Ämter waren daran beteiligt. Kontinuierlich publizierte der Stadtkonservator über die Aktivitäten des Amtes. Dennoch ging es nicht um den Denkmalerhalt. Im Rheinviertel verschwanden alle teilweise sehr schmalen Gassen. Die historische Bausubstanz musste weichen. Das Viertel wurde für den Autoverkehr gestaltet und private Höfe wurden öffentliche Plätze. Hauptziel der Maßnahme war der Austausch der Bevölkerung. Über die „Bausachen“ erhielt die Stadt Zugang zu den Bewohnerinnen und Bewohnern, die der NS-Verfolgung ausgesetzt waren. Ein Teil der missliebigen Bevölkerung wurde an den Stadtrand umgesiedelt.

Die neu entstandenen Bauten zeigen nationalsozialistische Gestaltungsinteressen. Das Projekt fand in der Altstadt keinen Abschluss, doch einzelne Maßnahmen setzte die Verwaltung im Stadtgebiet verteilt durch.



Begleitprogramm mit Martin Vollberg zur Sonderausstellung „Albert Speer in der Bundesrepublik“

Treffpunkt: Foyer des EL-DE-Hauses

Kosten: 6 Euro

Das jüdische Köln – Sichtbares und Verborgenes **Exkursion, Sonntag, 28. Juli 2019, 15 Uhr, Köln-Innenstadt**



Der Rundgang führt vom einstigen Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Anhand von Gebäuden, Personen und

Geschichten erkunden wir die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

Mit Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Vor dem EL-DE-Haus

Führungsgebühr: 6 Euro

Anmeldung bis zum 24.07.2019 unter:
https://www.museenkoeln.de/portal/kurs_buchung.aspx?termin=29555&inst=14

Albert Speer in der Bundesrepublik. Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit **Öffentliche Führung, Sonntag, 18. August 2019, 14 Uhr, EL-DE-Haus**

Albert Speer war in der NS-Zeit als erster Architekt des Reiches verantwortlich für Großprojekte wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und die Umgestaltung Berlins. Er zählte zu Hitlers engsten Vertrauten, 1942 wurde er Rüstungsminister. 1946 verurteilten ihn die Alliierten im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu zwanzig Jahren Haft.

Als Speer am 1. Oktober 1966 aus dem Gefängnis in Berlin-Spandau entlassen wurde, waren über tausend Schaulustige gekommen und dutzende Mikrophone und Kameras aus aller Welt auf ihn gerichtet. Dies war der Beginn seiner »zweiten Karriere« als scheinbar geläuterter Zeitzeuge des Nationalsozialismus. Speer platzierte in der Öffentlichkeit erfolgreich die Legende, er habe von den NS-Verbrechen nichts gewusst und sei, von der Aura Hitlers verführt, in Krieg und Judenmord unbeteiligt hineingeraten.

Mit unkritischer Bereitwilligkeit folgten Historiker, Publizisten, aber auch die deutsche Öffentlichkeit der Erinnerungsmanipulation des „guten Nazis“ – nicht zuletzt, weil er eine Entlastung für jene bot, die sich selbst im Nationalsozialismus engagiert hatten.

Die Ausstellung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin ist noch bis 18. August 2019 im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Führung mit Martin Vollberg.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro zzgl. 2 Euro Führungsgebühr



Jüdisches Leben in Köln – Rund um den Rathenauplatz **Exkursion, Sonntag, 18. August 2019, 15 Uhr, Köln-Innenstadt**

Wir entdecken das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und viele heute unsichtbare Stätten der ehemals reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns. (Eine Besichtigung des Innenraumes der Synagoge findet in diesem Rahmen nicht statt.)

Mit Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Vor der Synagoge Roonstraße

Führungsgebühr: 6 Euro

Anmeldung bis zum 14.08.2019 unter:
https://www.museenkoeln.de/portal/kurs_buchung.aspx?termin=29557&inst=14

Weitere Veranstaltungen

Akzeptanz von Vielfalt im Beruf

Vortrag, Dienstag, 2. Juli 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

AK Regenbogen im ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen und rubicon Köln laden ein: „*Out im Office. Sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, (Anti-) Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz. Vortrag von Florian Meinhold von der Dr. Frohn GmbH über neue Forschungsergebnisse: Was hat sich seit der letzten Studie verändert? Was ist besser geworden? Was ist noch veränderungswürdig? Anschließend Dis-*

kussionsrunde und es werden Fragen zum Thema beantwortet.“

Ort: Im DGB-Haus, Großer Saal, 1. Stock, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln (Bahnhof West)

Eintritt: frei



Geschlechtergerechtigkeit weltweit!

Cologne Song Contest 2019, Mittwoch, 3. Juli 2019, 14 Uhr, Köln-Südstadt



Die Stadt Köln teilt mit: „*Unter dem Thema ‚Musik verändert die Welt – Jugendliche für Gerechtigkeit‘ stellen verschiedene Schulen ihre Songs im Finale vor. Hierbei bekommen sie auch promi-*

nente Unterstützung, unter anderem von MILJÖ, Kempes Feinest, Stadtrand, Max Biermann, Ben Randerath und den Rockermarieche.“

Ort: Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, FWG, Severinstr. 241, 50676 Köln

Eintritt: frei

Ewig anders

Lesung, Donnerstag, 4. Juli 2019, 19 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Das Allerweltshaus lädt ein: „*Deutschland hat ein Problem mit Alltagsrassismus. Diesem Umstand geht Marvin Oppong auf den Grund und betreibt Ursachenforschung: In schonungslosen Gesprächen und Begegnungen testet er die deutsche Gesellschaft und fragt, wie sich das politische Klima nach Ereignissen wie dem 11. September 2001, der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof 2015/16 oder der Özil- und #MeTwo-Debatte verändert hat.*

Der freie Journalist weiß, wovon er schreibt: Er ist in Deutschland als Schwarzer geboren. Und so legt Marvin Oppong den Finger direkt in die Wunde, wenn er die Mechanismen von alltäglicher und institutioneller Diskriminierung anhand persönlich erlebter Situationen beschreibt. Oppong gibt zahlreiche Diskussionsanstöße und

stellt klare politische Forderungen auf. Geschrieben für Menschen jeder Hautfarbe, aufklärend, analysestark, aber nicht ohne den nötigen Humor.

Marvin Oppong geb. 1982 in Münster, freier investigativer Journalist (Tageszeitungen, Onlinemedien, Zeitschriften, TV), Dozent in der journalistischen Aus- und Weiterbildung, Student der Rechtswissenschaft. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Korruption, Lobbyismus, Datenschutz und Medienthemen. Marvin Oppong lebt in Bonn.

Ort: Allerweltshaus Köln (1. Stock), Körnerstr. 77, 50823 Köln

Eintritt: frei (Spendenbasis)

Sister Cities stand together

Berichte, Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Stadt Köln teilt mit: „Auf Einladung der Stadt Köln berichten Pride-Aktivist*innen aus den Kölner Partnerstädten Tel Aviv (Israel), Barcelona (Spanien), Liverpool (England), Cluj (Rumänien) und Kattowitz (Polen) über ihr Engagement, die Geschichte ihrer Pride-Bewegungen und die aktuelle Menschenrechtslage für LSBTIQ* in ihren Heimatstädten. Im Fokus stehen die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen, unter denen sich die Aktivist*innen vor Ort mit ihren Pride-Demonstrationen für die Rechte von LSBTI einsetzen. Im Anschluss an die Erfahrungsberichte gibt es für Gäste und Publikum Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung.“

In Kooperation mit dem KLuST

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache (ohne Übersetzung) statt.



Ort: FORUM VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, Köln

Eintritt: frei

Alle Veranstaltungen zum CSD unter:
<https://www.colognepride.de/de/>

Gegen das Vergessen!

Kurzfilmen und Musik, Freitag, 5. Juli 2019, 18.30 Uhr, Köln-Sülz



AZ Köln und Edelweißpiratenfestival laden ein: „In Zeiten des Erstarkens der Rechten ist es wichtiger denn je, die Erinnerung an die NS-Zeit aufrecht zu erhalten und sich aktiv gegen Rassismus einzusetzen. Was wäre dafür besser geeignet als Musik? Beste Beispiele sind die beiden Kölner Künstler Rolly Brings und Kutlu Yurtseven. Ihre Musik könnte kaum unterschiedlicher klingen, und doch eint sie ihr langjähriges Engagement in der Erinnerungsarbeit und ihr Einsatz für eine gerechte Gesellschaft.“

Studierende der Musikwissenschaft der Universität zu Köln haben im Wintersemester 2018/19 unter der Leitung von Federico Spinetti Dokumentarfilme über das Schaffen der beiden Musiker gedreht, die am heutigen Abend Premiere

feiern. ‚Davids Song: Musik gegen das Vergessen‘ (2019, 15 Min.) erzählt von der Begegnung des Kölner Liedermachers Rolly Brings mit dem Auschwitz-Überlebenden David, die ihn zum Schreiben des gleichnamigen Songs inspirierte. ‚Heimat ist ein Gefühl‘ (2019, 10 Min.) portraitiert die Auseinandersetzung des Rappers Kutlu Yurtseven (Microphone Mafia) mit dem Begriff Heimat, der Allgegenwärtigkeit von Migration und der Kraft der Musik.

Im Anschluss an die Filmvorführungen laden die Regisseur*innen und Mitarbeiter*innen des Forschungsprojektes ‚Sounding Memories‘ (Universität zu Köln/Leuphana Universität Lüneburg) zur Diskussion ein.

Die Veranstaltung wird gerahmt durch musikalische Beiträge: Rolly Brings und Kutlu Yurtseven werden selbst zur Gitarre bzw. zum Mikrofon greifen und Lieder gegen das Vergessen anstimmen. Außerdem legt das Projekt ‚Sounding Memories‘ Musik auf, die an Verfolgung und Widerstand während der Nazizeit erinnert. Dabei werden auch die Edelweißpirat*innen nicht zu kurz kommen.“

Ort: Autonomes Zentrum Köln, Luxemburger Straße 93, 50939 Köln

Eintritt: frei

stand up for your rights

7. Menschenrechtsfestival, Samstag, 6. Juli 2019, 13 Uhr, Köln-Ehrenfeld



Das Allerweltshaus lädt ein: „Dieses Jahr haben wir uns für das Thema ‚Rechtsruck‘ entschieden. In Deutschland wird der ‚Rechtsruck‘ in Politik und Gesellschaft besonders deutlich durch den Einzug der AfD in den Bundestag. Außer der zunehmenden Gewalt, wird der politische und gesellschaftliche Diskurs, aber auch das alltägliche Miteinander immer häufiger geprägt durch eine diskriminierende und herablassende Sprache gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.

Rechte Parteien finden durch soziale Ungleichheit und Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft wieder neuen Zulauf. Viele Bevölkerungsgruppen fühlen sich durch die Altparteien nicht ausreichend präsentiert und sind durch die globalen Veränderungen und Migrationsbewegungen verunsichert. Aus Frustration gehen viele Bürger nicht wählen oder entscheiden sich für Parteien, denen das Wohl aller Menschen nicht am Herzen liegt.

Durch diese Entwicklung werden bestimmte Begriffe enttabuisiert und innerhalb der politischen und sozialen Landschaft etabliert. Gleichzeitig bewirkt die negative Berichterstattung, dass die Toleranz gegenüber Geflüchteten, Migrant*innen und People of Colour abnimmt. Der gesellschaftliche Diskurs zeigt, dass Alltags-

rassismus und Diskriminierung die Mitte der Gesellschaft erreicht hat.

Die Thematik des diesjährigen Festivals steht gleichzeitig in engem Zusammenhang mit den Sustainable Development Goals. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Klimagerechtigkeit, die eng mit der derzeitigen politischen Situation verflochten ist. Der aktive Schutz der Umwelt ist als Lebensgrundlage aller Menschen notwendig. Besonders die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und Naturräume im globalen Süden durch den Westen, macht diese Zusammenhänge deutlich. Aktuelle politische Diskurse zeigen jedoch, dass die Klimadebatte von konservativen bis rechten Kräften diskreditiert wird und der Einfluss des Menschen am Klimawandel herabgespielt oder verleumdet wird.

In einer Podiumsdiskussion werden AktivistInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen über den sogenannten Rechtsrucks und wie er in den Medien repräsentiert wird sprechen. Insbesondere wird beleuchtet wie das solidarische Miteinander und damit auch die Menschenrechte durch rechtsgewandte Parteien in Europa bedroht werden. Alle Besucher sind bei dieser Podiumsdiskussion herzlich dazu eingeladen, ihre Ideen und Ansätze in den Diskurs einzubringen.

Auch dieses Jahr wird es wieder tolle Konzerte, vielfältige Workshops, ein umfangreiches Kinderprogramm und leckeres und nachhaltiges Essen geben. Also kommt vorbei und tretet in den Austausch miteinander.“

Ort: Grüngürtel Ehrenfeld

Eintritt: frei

Alle Infos zum Programm unter:
<http://www.menschenrechtsfestival.de/>

Ein Ort des Austauschs und Denkanstoßes

Denkfabrik, Samstag, 6. Juli 2019, 14.30 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Das Allerweltshaus lädt ein: „Für die Denkfabrik im Rahmen des Menschenrechtsfestivals haben wir spannenden Gäste eingeladen: Martin Pairet, Netzwerkmanager bei European Alternatives und Floris Biskamp, Soziologe und Politikwissenschaftler, zurzeit Koordinator für das Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität an der Universität Tübingen. Außerdem werden ‚Fridays for Future Köln‘ an der Runde teilnehmen.

Wir wollen gemeinsam über verschiedene Strömungen innerhalb und auch außerhalb Europas sprechen, Handlungsoptionen aufzeigen und von Erfahrungen und Expertenmeinungen Einzelner lernen.“

Ort: Kreuzerstraße/Grüngürtel Ehrenfeld

Eintritt: frei

Zuhören als antirassistische Praxis

Listening Session und Diskussion, Dienstag, 9. Juli 2019, 19 Uhr, Köln Innenstadt

Die Akademie der Künste der Welt lädt ein: „Bei den Leerstellen in der Geschichtsschreibung und bei den hegemonialen Einschreibungen in unseren (westlichen, mehrheitlich weißen) Erinnerungsdiskurs geht es nicht nur darum, dass so genannte Minorisierte nicht sprechen können, sondern darum, dass sie, obwohl sie sprechen, nicht gehört werden. So gesehen geht es bei der Herstellung eines Gleichgewichts von Geschichte weniger ums Sprechen als ums Zuhören und um die Demontage von Silencing-Strategien, die jene, welche die Apparate des Wissens institutionell regulieren, innehaben. Wie aber können wir Zuhören organisieren? Wie kann das Zuhören zu einer politischen Praxis werden, die die Ambivalenz des Stimmgebens übersteigt? Wie hören sich in der Migra-

tionsgesellschaft alternative akustische Archive an, die entlang der Tradition der Oral History Echoräume der Geschichte(n) eröffnen, welche die offizielle Meistererzählung – wie sie etwa in den staatlichen Archiven konserviert wird – gegen den Strich bürsten? Und wie hängen diese migrantischen Echoräume mit den linken, auch migrantischen Kämpfen der 1970er und 1980er zusammen – eine Zeit, in der die Gesellschaft der Vielen die Zukunft in der Gegenwart war.“

Mit Ayşe Güleç, Sefa Inci Suvak, Achim Lenger und weiteren Gästen

Ort: Altes Pfandhaus, Kartäuserwall 20, 50678 Köln

Eintritt: frei

Waldheims Walzer

Film, Donnerstag, 10. Juli 2019, 19.30 Uhr, Köln-Sülz

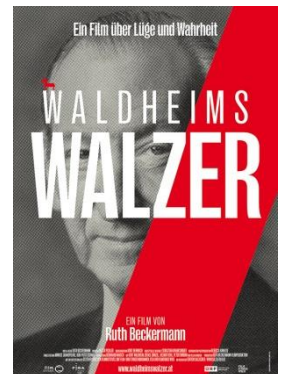
CinemAZ lädt ein: „WALDHEIMS WALZER dokumentiert, wie während des Wahlkampfes des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim um das Amt des österreichischen Bundespräsidenten im Jahr 1986 die Lücken in dessen Kriegsbiografie vom Jüdischen Weltkongress in New York aufgedeckt wurden. Dies führte in Österreich zu nationalem Schulterchluss, antisemitischen Ausschreitungen – und schließlich zu Waldheims Wahl. Mit internationalem Archivmaterial sowie selbst gedrehten Videoaufnahmen analysiert Ruth Beckermann den Zusammenbruch der österreichischen Lebenslüge, ‚erstes Opfer der Nazis‘ gewesen zu sein. Ein Film über die Mechanismen der Mobilisierung

hetzerischer Gefühle, über Lügen, Wahrheit und ‚alternative Fakten‘.“

WALDHEIMS WALZER
ein Film von Ruth Beckermann
AT 2018, 93 Minuten, DCP,
dt./engl./franz. OF teilweise mit dt.
UT

Ort: Autonomes Zentrum Köln,
Luxemburger Straße 93, 50939
Köln

Eintritt: frei



Was jenseits der Berge ist

Musikalische Lesung, Donnerstag, 11. Juli 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt



Die Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Der Kunstwelt ist sie bekannt als erste Frau des Malers Max Ernst, als Muse der Dadaisten und Surrealisten. Doch Luise Straus-Ernst, 1893 als Tochter einer jüdischen Fabrikantenfamilie in Köln geboren, war viel mehr: Kunsthistorikerin, Erzählerin,

Journalistin und vor allem: eine kluge und starke

Frau, in deren Briefen und Erinnerungen sich die Geschichte vom wilhelminischen Kaiserreich bis zum Holocaust spiegelt.

Schon 1933 verließ sie ihre geliebte Heimatstadt Köln, um ins französische Exil zu gehen, wo sie meinte, ein neues Zuhause gefunden zu haben. Doch im Frühjahr 1944 wurde sie verhaftet und nach Auschwitz gebracht, wo sie im Juli ermordet wurde.

Die Kölner Autorin Eva Weissweiler ist den Spuren dieser Frau nachgegangen. Sie verfasste 2016 eine umfassende Biographie über Luise Straus-Ernst, in der sie unter anderem ihr Wirken als Kunsthistorikerin und Journalistin und ihre vielfältigen beruflichen Aktivitäten und Beziehungen – unter den schweren Bedingungen von Judenverfolgung und Krieg – in Deutschland, Frankreich und der Schweiz ausführlich darlegt.

Eva Weissweiler führt gemeinsam mit Sonja Kargel (Rezitation) und Ulrich Deppe (Klavier) durch das Leben von Luise Straus-Ernst.“

Ort: Gemeindesaal der Synagogen-Gemeinde Köln, Roonstraße 50, 50674 Köln

Eintritt: 5 Euro

Diversität, Macht und Antidiskriminierung in der Mediation

Fortbildung, Freitag, 30.08.2019 - Samstag, 31.08.2019, Köln-Innenstadt

Das Friedensbildungswerk lädt ein: „Auch Mediationen sind beeinflusst durch Vorurteile, Machtgefälle, bewusste oder unbewusste Diskriminierungen. Davor sind weder die MediantInnen im Umgang miteinander, noch wir als MediatorInnen gefeit. Jeder Mensch trägt aufgrund seiner Prägung und Lebenserfahrung ganz unbewusst eine gewisse Brille, die den Blick auf die Wirklichkeit beeinflusst und Realitäten konstruiert. Mediationen finden immer in Strukturen statt, die Einfluss auf den Prozess, das Ergebnis und alle Beteiligten haben - mal mehr, mal weniger relevant.“

Dieser Workshop will diese ‚Störfaktoren‘ gezielter analysieren und einen guten/besseren Umgang damit erarbeiten. Hierzu werden wir uns v.a. auf den erfahrungsorientierten Anti-Bias Ansatz berufen, der sich ganz der Antidiskriminierung widmet und eine grundsätzliche diversitätsbewusste Arbeits- und Lebenshaltung fördern will. Zu behandelnde Fragen sind u.a.: Was sind Diskriminierungen - was ist Diversität? Welche Einstellungen & Identitäten spielen bei mir und meinen Mediatinnen eine Rolle (z.B. zu Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Sprache...)? Machtsamkeit- welche Rolle spielt Macht in der Mediation? Welche Strukturen haben Einfluss? Welche Vorurteile beeinflussen wie die Mediation? Wo und wie funktionieren strukturelle und individuelle Diskriminierungen unmittelbar oder im Hintergrund? Wie ist mit all dem umzugehen?

Das Ziel dabei ist es, für eine diversitätsbewusste und machtsame Haltung sensibilisiert zu werden bzw. jene weiter auszubauen. Empathiefähigkeit wird gestärkt und wertschätzender Umgang gefördert - so kommt es zu einer möglichst diskriminierungsfreien und diversitätsbewussten Mediation. Im Workshop arbeiten wir sehr interaktiv, greifen auf die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden zurück und versuchen Ansätze herauszuarbeiten, die sich konkret im Mediationsprozess umsetzen lassen. Dieses Seminar dient als Fortbildung für MediatorInnen. Es sind 10 Stunden pro Jahr nach der Zertifizierungsordnung Mediation und für die Bundesverbände der Mediation vorgesehen.

Nils Witt ist B.A. Regionalstudien Lateinamerika und Politik, ist seit Jahren v.a. im Bereich internationale Freiwilligendienste freiberuflich tätig, wo er als Berater, Trainer, Mediator und Projektmanager fungiert. Schwerpunkte seiner Arbeit sind transkulturelle Kommunikation, Globales Lernen, Anti-Diskriminierung und Diversität. Hierzu schreibt er Konzepte, berät Organisationen und führt Workshops durch.“

Ort: Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln

Teilnahmegebühr: 150 Euro, erm. 110 Euro

Anmeldung erforderlich unter:
<https://friedensbildungswerk.de/>

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Demokratie leben

Bundesförderprogramm startet in die zweite Runde

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilt mit: „Für die zweite Förderperiode (2020 bis 2024) werden die Ziele des Bundesprogramms neu justiert und stärker fokussiert – vor allem mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen aus der ersten Förderperiode. ‚Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen‘ sind

die Kernziele von „Demokratie leben!“. Dieser inhaltliche Dreiklang ist handlungsleitend. Im Bundesprogramm wird es vier Handlungsbereiche geben: Kommune, Land, Bund und Modellprojekte.“

Informationen zum Interessenbekundungs- und Antragsverfahren unter:
www.demokratie-leben.de

stopantisemitismus.de

Plattform mit vielen Informationen

Die Initiative „stopantisemitismus.de“ teilt mit: „Sie suchen Unterstützung, um Antisemitismus zu verstehen und sich ihm entgegenzustellen? Beratung? Workshops? Unterrichtsmaterial? Literatur? All das finden Sie auf unserer Website. Suchen Sie in Ihrem Bundesland nach Angeboten. Oder klicken Sie auf #Hashtags zur Auswahl von Themen.

Stopantisemitismus.de ist ein bisher einzigartiger Zusammenschluss von bundesweiten Initiativen und Einzelpersonen gegen Antisemitismus: Lehrkräfte, Pädagogen und Pädagoginnen, Multiplikatoren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter des Zentralrats der Juden und des Zentralrats

der Muslime, zivilgesellschaftliche Akteure, Stiftungsvertreter und -vertreterinnen, Psychologinnen und Psychologen, Journalistinnen und Journalisten – eine Gruppe mit interreligiöser und transkultureller Kompetenz und langjähriger Erfahrung im Erkennen, Erforschen und Bekämpfen von Antisemitismus. Ins Leben gerufen wurde das Projekt im Mai 2018 von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Über einen Zeitraum von einem Jahr hat die Gruppe die Inhalte für diese Website erarbeitet – mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft für alltäglichen Antisemitismus zu sensibilisieren, zu informieren und Hilfestellung zu bieten.“

www.stopantisemitismus.de

Werkstatt Vielfalt Projektideen gesucht

Die Robert-Bosch-Stiftung teilt mit: „Junge Menschen in Deutschland wachsen in einer Gesellschaft auf, die so bunt und vielfältig ist wie nie zuvor. Die Projekte der ‚Werkstatt Vielfalt‘ bauen Brücken zwischen Lebenswelten und tragen zu einer lebendigen Nachbarschaft bei. Sie sind am Zug! Haben Sie eine zündende Projektidee, wie Sie das Miteinander junger Menschen mit anderen Jugendlichen oder Menschen fördern und Brücken zwischen den unterschiedlichen Lebenswelten bauen? Dann wenden Sie sich an die Stiftung Mitarbeit. Die Stiftung Mitarbeit führt das Programm ‚Werkstatt Vielfalt‘ für die Robert Bosch Stiftung durch. Wird eine Projektidee aufgenommen, erhält sie nicht nur eine finanzi-

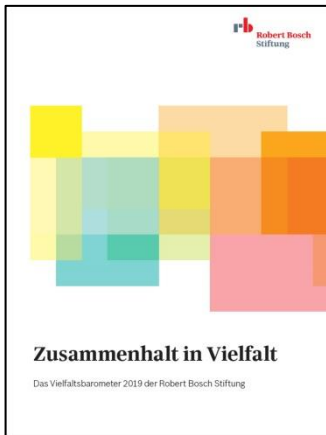
elle Förderung: Die Projektverantwortlichen holen sich bei einer Projektwerkstatt Tipps von Fachleuten, tauschen Erfahrungen aus und geben Anregungen zur Weiterentwicklung des Programms.“

Einsendeschluss ist der 13. September 2019.

Mehr Infos zur Ausschreibung: <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/werkstatt-vielfalt-projekte-fuer-eine-lebendige-nachbarschaft/bewerber>



Zusammenhalt in Vielfalt Das Vielfaltsbarometer 2019



Die Robert-Bosch-Stiftung teilt mit: *„Deutschland ist ein vielfältiges Land. Darin liegen Chancen für die zukünftige Entwicklung in einer globalisierten Welt, aber auch Herausforderungen für das Zusammenleben der Menschen. Für die Mehrheit der Deutschen ist zunehmende Vielfalt mehr Bereicherung als Gefahr, zudem ist die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt hierzulande*

gut ausgebildet. Gleichzeitig sind deutliche Unterschiede in der Akzeptanz von Vielfalt je nach Region und Dimension von Vielfalt feststellbar.

Zu diesen Ergebnissen kommt die repräsentative Studie „Zusammenhalt in Vielfalt: Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung“, in der bundesweit 3.025 Personen ab 16 Jahren zu ihren Meinungen und ihrem Verhalten gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befragt wurden. Die Publikation zur Studie wird durch ein Grußwort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eingeleitet.“

Weitere Informationen und die Veröffentlichung als pdf zum Download:

<https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/zusammenhalt-vielfalt-das-vielfaltsbarometer-2019>

Hetzen und Jammern

Broschüre zu Inhalte, Strategien und Kanäle der Neuen Rechten

Das CJD Nord –teilt mit: *„Diese Expertise wirft einen genauen Blick auf mediale Inhalte, Strategien und Kanäle, die die Neue Rechte verbreitet und nutzt. Die Wirkmächtigkeit der Mediennutzung ist nicht erst seit der pogromartigen Stimmung von Chemnitz deutlich, sondern ließ sich schon an den Wahlerfolgen der AfD ablesen. Dass dies eine reale Gefahr darstellt und sich nicht nur abstrakt auf eine demokratische Gesellschaft bezieht, zeigen die vielfältigen Fake-News, die gezielt lanciert werden, die Shitstorms, die geplant gegen zivilgesellschaftliche Projekte gestartet werden, oder die unzählbaren Mord- und Vergewaltigungsdrohungen gegen alle und jene, die z.B. rassistische oder antifeministische Hetze in den sozialen Medien nicht*

unwiderrspochen hinnehmen. Schon lange hat sich die Neue Rechte einen Weg in die "Mitte" gebahnt und Netzwerke geschaffen, die eine Diskursverschiebung nach rechts überhaupt erst möglich gemacht haben. Dabei sind zentrale Strategien, Narrative und Motive genauso zu dekonstruieren wie neurechte Kommunikationspraktiken zu entlarven. Diese Expertise soll dafür als Handwerkszeug dienen.“

Die Expertise zum **Download** auf der Seite der Vielfalt Mediathek von IDA unter:

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6677/hetzen-und-jammern-eine-analyse-medialer-inhalte-strategien-und-kan-le-der-neuen.html>

Betroffene und Engagierte brauchen Beratung und Unterstützung Vorhandene Beratungsstrukturen fördern statt neue Anlaufstellen schaffen

Der Bundesverbands Mobile Beratung teilt anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes am 27. Juni 2019 mit: „In Berlin hat heute der Bundesinnenminister den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2018 vorgestellt. Seehofer wertet den Mord an Walter Lübcke in diesem Zusammenhang als ‚Alarm-signal für die demokratische Grundordnung‘. Immer wieder ist von einer ‚neuen Qualität der Gewalt‘ zu lesen. Betroffene rechter Gewalt, Geflüchtete, Menschen die auf ‚Feindeslisten‘ stehen und häufig erst viel zu spät davon in Kenntnis gesetzt werden sowie engagierte Akteure aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und -verwaltung sehen sich aber bereits seit vielen Jahren solchen Gefahren ausgesetzt. Die Morde des NSU und nicht zuletzt die über 190 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 sprechen eine deutliche Sprache. Auch die erneuten Drohungen gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und den Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein oder die Serie von Angriffen auf Engagierte in Berlin-Neukölln machen die Notwendigkeit zum Handeln immer wieder deutlich.“

Die über 40 im Bundesverband Mobile Beratung zusammengeschlossenen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus fordern, die Unterstützung von Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und -verwaltung stärker in den Fokus der Debatte zu rücken. Rechte Bedrohungen gehören für Menschen, die sich vor Ort für eine demokratische Kultur einsetzen, schon lange zum Alltag und müssen endlich ernst genommen werden. ‚Dafür braucht es keine Forderungen nach zentralen Beratungsstellen – denn die gibt es seit 20 Jahren. Diese bestehenden Teams und ihre Dachverbände müssen weiter und umfassender unterstützt werden!‘, so Heiko Klare, Sprecher des Bundesverbands Mobile Beratung.

Sicherheitsdebatte greift zu kurz – Engagierte und Betroffene brauchen Unterstützung und Beratung

‚Aktuell wird vor allem über sicherheitspolitische Aspekte debattiert‘, so Bianca Klose, Sprecherin der Bundesverbands Mobile Beratung: ‚Das allein greift aber zu kurz. Wenn wir weiterhin Menschen ermutigen wollen, angstfrei Position zu beziehen, in ihrem Umfeld öffentlich zu widersprechen und sich für Demokratie einzusetzen, dann brauchen diese Menschen professionellen Beistand.‘

Seit 20 Jahren unterstützen die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur Menschen und Organisationen, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen und die gegen extrem rechte Akteure aktiv sind. Immer häufiger berichten Beratungsnehmer*innen den Teams von Drohungen und Angriffen, vermehrt nutzen auch Betroffene von sogenannten Feindeslisten die Beratung. Die Strafverfolgung ist dann ein wichtiger Aspekt, aber bei weitem nicht der Einzige. Zumal auch eine Auseinandersetzung mit rechten Strukturen in den Sicherheitsbehörden selbst dringend geboten scheint.

Professionelle Beratungsstrukturen ausbauen statt neue Angebote schaffen

Die Mobilen Beratungsteams (MBTs) bieten die dringend benötigte Hilfe zur Selbsthilfe im Alltag an und bauen dabei auf langjährige Erfahrung und gemeinsame professionelle Arbeitsgrundsätze auf. Mit Hilfe des Bundesverbands Mobile Beratung, der 2014 gegründeten fachlichen Vernetzung der MBTs in den Ländern, können aktuelle Herausforderungen länderübergreifend analysiert und die Herausforderungen und Bedarfe der Zivilgesellschaft schnell erkannt werden. Gemeinsam mit den spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die im Dachverband VBRG organisiert sind, existieren also genau die Beratungsangebote schon, die aktuell von Bundespolitiker*innen gefordert werden.

Neue Förderschwerpunkte? Bundesverband als zentrale Anlaufstelle vor dem Aus

‚Es ist in diesem Zusammenhang unverständlich, warum hier nicht die Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse umgesetzt werden und existierende Beratungsstrukturen und Dachverbände besser ausgestattet werden, so Bianca Klose. Stattdessen ist in der Neuauflage des im BMFSFJ angesiedelten Programms ‚Demokratie leben!‘ die Finanzierung des Bundesverbands Mobile Beratung und des Dachverbands der Betroffenenberatung über das Jahresende hinaus nicht gesichert. ‚Wenn die Dachverbände als fachliche Impulsgeber und Vernetzungsmöglichkeit der MBTs und OBTs wegbrechen, leidet darunter vor allem die dringend notwendige Unterstützung der Engagierten vor Ort‘, befürchtet Heiko Klare.“

Neu in der Bibliothek

Leerstelle Rassismus?

Nach dem Ende des NSU-Prozesses und der meisten Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gelten viele Fragen als nach wie vor ungeklärt. Speziell die Bekämpfung von institutionellem Rassismus werde im Zusammenhang des NSUs nach wie vor zu wenig thematisiert, so der Tenor des Sammelbandes „Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU“. An diesem Punkt setzt die Veröffentlichung an, die sich als Fortsetzung der Auseinandersetzung, die das Beratungsnetzwerk Hessen mit der Evangelischen Kirche Kurhessen 2016 auf der Tagung „Leerstelle Rassismus – NSU und sein Folgen“ in Kassel begonnen hatte, versteht. Behandelt werden rechtsextreme Gewalt, aber auch die häufige Unfähigkeit diese zu erkennen und der sich darin manifestierende institutionelle Rassismus.

Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund: 1. Welche Mechanismen tragen dazu bei, dass Rassismus von der Mehrheitsgesellschaft oftmals nicht gesehen wird? 2. Warum dominiert in der öffentliche Auseinandersetzung der Blick auf Täter und ihre Motive, nicht aber die Sichtweisen der Betroffenen? 3. Wie kann die Perspektive der Betroffenen sichtbar gemacht werden, um die „Leerstelle Rassismus“ zu füllen?

Der Band gliedert sich in zwei Teile mit insgesamt elf knappen aber pointierten Beiträgen. Der erste Teil beschäftigt sich mit Wirkungsweisen von Rassismus am Beispiel des NSUs. Kemal Bozay und Orhan Mangitay thematisieren Rassismus und rechtsextremen Terror aus einer migrantischen Betroffenenperspektive. Christian Klatsch und Manuel Glittenberg versuchen, ausgehend von den „Mitte-Studien“, Reproduktionsmechanismen von Rassismus zu analysieren und zu klären, wie sich menschenfeindliche Einstellungen in konkreten Handlungen ausdrücken.

Der zweite, deutlich ausführlichere, Teil beleuchtet in neun Beiträgen Handlungsfelder und Empfehlungen für die Praxis. Eingeleitet wird er von Fabian Virchow mit einer grundsätzlichen Analyse zu Sprache und Rassismus, speziell im Hinblick auf mediale Berichterstattung. Manuela Bojadžijev et al leisten einen kurzen Abriss der Geschichte der Rassismusforschung in Deutschland. Inwiefern sich der NSU-Komplex für die Lehrkräftebildung im Fach Sozialwissenschaft eignet, versuchen Betül Emiroğlu et al aufzuzeigen. In ihrem Beitrag werten zwei Dozenten der Ruhr-Universität gemeinsam mit fünf

ihrer Studierenden das Seminar „Rassismus und Rechtsextremismus in Schule und sozialwissenschaftlichem Unterricht“ vom Sommersemester 2017 aus. Die im Seminar erarbeiteten Erkenntnisse wurden dabei im Schüler_innen-Labor der Ruhr-Uni mit einer 11. Gymnasialklasse ausprobiert. Ebenfalls mit dem Kontext Schule setzt sich Aliyeh Yegane Arani, die Rassismus und Schule anhand ihrer Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit in Berlin vorstellt, auseinander. Sie stellt dabei fest, dass Beschwerde- und Konfliktlösungsangebote innerhalb von Schulen bei rassistischen Diskriminierungsvorfällen noch zu oft versagen. Eva Georg und Olivia Sarma beschäftigen sich mit den Aufgaben und Herausforderungen, die sich für Beratungsstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt aus Nicht-Wahrnehmung und Bagatellisierung solcher Gewalterfahrungen ergeben. Dem weiten Feld Polizei und NSU-Komplex widmet sich Michael Sturm. Er stellt sowohl positive Entwicklungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Polizei dar, verweist aber auch auf die nach wie vor vorherrschende „Wagenburgmentalität“ wie sie vor allem durch die beiden Gewerkschaften der Polizei vertreten werde. Diese verhindere weiterhin eine kritische Aufarbeitung und nötige Konsequenzen. Wieder auf die Medien schauen Margarete Jäger und Regina Wamper, die den Fluchtdiskurs in deutschen Leitmedien im Jahr 2015 analysieren. Den Fragen nach einer adäquaten Erinnerung an die Taten des NSU im Besonderen und rechter Gewalt im Allgemeinen gehen die letzten Beiden Aufsätze nach. Matthias Galle und Matthias Gross werfen einen Blick auf existierende Denkmäler für Opfer rechter Morde und Gewalttaten und fragen, ob diese eher Orte der Erinnerung oder des Vergessens darstellen. Tanja Thomas und Fabian Virchow beschäftigen sich im letzten Beitrag grundsätzlich mit der Fragen, inwieweit Praxen der Erinnerung auch Kämpfe um Anerkennung sein können.

Insgesamt ist „Leerstelle Rassismus?“ ein mehr als lesenswertes Buch, das einen wichtigen Beitrag zu vielen Aspekten der Auseinandersetzung mit dem NSU und Rassismus leistet. (fe)

Tina Dürr, Reiner Becker (Hg.): Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU-Komplex.

Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main 2019
172 Seiten, 22,90 Euro
ISBN 978-3-7344-0609-6

Immer wieder

Das „antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum“ (apabiz) teilt mit: „Seit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 und den rassistischen Mobilisierungen scheint die extreme Rechte in der Bundesrepublik präsent wie nie zuvor. Tatsächlich ist sie jedoch kein neues Phänomen – auch nicht in Berlin.

Die Ausstellung ‚Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945‘, erarbeitet durch das apabiz und das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin erzählt beispielhaft von zehn Ereignissen, die unterschiedlichen Aktionsfeldern der extremen Rechten zuzuordnen sind. Gleichzeitig dokumentiert sie den gesellschaftlichen Widerstand.

Der Ausstellungskatalog dokumentiert auf 148 Seiten die verschiedenen Ausstellungsstationen inklusive der dort gezeigten Dokumente und Fotos. Dazu beinhaltet er Auszüge aus zwei für die Ausstellung geführten Interviews mit Zeitzeug*innen.

Ergänzend dazu ist auch eine pädagogische Handreichung erschienen, die sich an Lehrer*innen und Referent*innen der außerschulischen Bildungsarbeit richtet. Sie bietet Anregungen und ansprechend gestaltete Arbeitsmaterialien zur aktiven Erschließung der Ausstellung mit Jugendlichen ab 15 Jahren.

Einleitend werden Ansatz und Aufbau der Ausstellung erläutert. Anschließend finden sich didaktische Hinweise zur Vorbereitung, Gestaltung und Nachbereitung des Ausstellungsbesuchs. Der Materialteil enthält ausgearbeitete Aufgabenblätter für alle drei Arbeitsphasen.



Darüber hinaus werden Tipps für einen angemessenen Umgang mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen oder extrem rechten Positionen in der Gruppe gegeben. Ein Serviceteil informiert über weiterführende Literatur sowie über Recherche- und Beratungsmöglichkeiten in Berlin.“

Der Katalog steht in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums zur Einsicht zur Verfügung.

Die Handreichung steht zum Download unter: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Handreichung-Ausstellung-apabiz_Aktives-Museum.pdf

apabiz/Aktives Museum (Hg): Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

148 Seiten, 5 Euro

ISBN 978-3-00-062177-2

Am rechten Rand

„Widerstand steigt auf“ beim IfS-Kongress

Die identitäre Kleinstgruppe „Widerstand steigt auf“ nahm am 1. Juni an einem Kongress des „Institut für Staatspolitik“ in Magdeburg teil. Dort gehörten sie zu den ca. 250 Teilnehmenden, die verschiedenen Vorträgen zu den Leitthemen „Krieg und Zivilisation“ sowie „Epochenwechsel“ beiwohnten. Das „Institut für Staatspolitik“ gilt als Denkfabrik der sogenannten Neuen Rechten und nimmt eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem konservativen und dem extrem rechten Spektrum ein. Neben bekannten Personen wie Dr. Erik Lehnert (Geschäftsführer des IfS)

und Götz Kubitschek (Chefredakteur der vom IfS herausgegebenen Zeitschrift „Sezession“) sowie Dr. Christoph Berndt (Vorsitzender des asylfeindlichen Vereins „Zukunft Heimat“), welcher in den letzten Jahren eine wichtige Rolle bei rassistischen Mobilisierungen in Brandenburg spielte, referierten bei der Veranstaltung auch die beiden AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron und Dr. Roland Hartwig. Beide sprachen in ihren Vorträgen über das Thema Verfassungsschutz. (kl)

Treffen von Rechtsextremen, Neonazis und Holocaustleugnern in Wiehl

Für den 1. Juni 2019 lud die Zeitschrift „Die Russlanddeutschen Konservativen“ in die „Nähe von Gummersbach“ zu einem „Lesertreffen“ ein. Hinter dem Label verbirgt sich eine kleine Gruppe extrem rechter Russlanddeutscher, die unter wechselnden Namen unregelmäßig öffentlich in Erscheinung tritt. Nachdem sie sich anfangs im Umfeld der NPD organisierten, gründeten sie 2013 in Wiehl (Oberbergischer Kreis) die Kleinstpartei „Arminius-Bund des deutschen Volkes“. Diese Gruppe trat 2014 zu den Kommunalwahlen in Teilen der Kreise Düren und Oberberg an, konnte aber keine nennenswerten Erfolge verbuchen. Treibende Kraft hinter diesen Gruppierungen ist Johann Thießen aus Hürtgenwald (Kreis Düren), der auch zum Lesertreffen einlud. Stattgefunden hat das Treffen im Dorfhaus von Wiehl-Dreisbach, das bereits im vergangenen Jahr den „Russlanddeutschen Konservativen“ als Veranstaltungsort diente. Bei dem Treffen kamen zahlreiche namhafte

Neonazis und Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Laut Belltower News nahmen neben den angekündigten Referenten Roland Wuttke, Redakteur der neonazistischen Zeitschrift „Volk in Bewegung“, Wolfram Schiedewitz, Vorsitzender des rechtsextremen Vereins Gedächtnisstätte e.V. und dem selbsternannten „Volkslehrer“ und Video-Blogger Nikolai Nerling auch Sascha Wagner (ehem. Vize-Vorsitzender der NPD Rheinland-Pfalz) und Manfred Dammann (NPD-Niedersachsen / Nordland TV) teil. Der angekündigte Holocaustleugner Bernhard Schaub, Kopf der angeblich aufgelösten „Europäischen Aktion“ (EA) wurde von Axel Schlimper, der ebenfalls für die EA aktiv war, vertreten. An dem Treffen nahm ebenfalls der AfD-Politiker Carsten Härle aus Hessen teil, der auch in seiner eigenen Partei äußerst umstritten ist. Nach einem Bericht bei „belltower news“ soll Härle als Redner zu den über 50 Anwesenden gesprochen haben. (fe)

Rechtsextremes Flugblatt verteilt

Kurz vor der Gedenkveranstaltung am Jahrestag des NSU-Anschlags in der Keupstraße im Juni sind im Kölner Stadtteil Mülheim Flugblätter der sog. Atomwaffendivision aufgetaucht. Darin wird Muslimen gedroht, dass deutsche Volk aufstehen und erkennen werde, dass „Moslems in Deutschland“ die Feinde seien. Sie seien das „willfähige Werkzeug der Juden, um Europa zu zerstören“ (sic!) und daher ein „legitimes Ziel“. Hinter dem Namen „Atomwaffen Division“ so die US-amerikanische Schreibweise, steckt ein

militäres Neonazinetzwerk aus den USA, das mit mehreren rechtsextremen Morden in Verbindung gebracht wird. Ein deutscher Ableger tauchte erstmals im Juni 2018 in Form einer Videobotschaft auf, im November 2018 wurden Flyer der Atomwaffendivision in der Humboldt-Universität Berlin, Anfang April 2019 in einer Bibliothek der Frankfurter Goethe-Universität entdeckt. Wie viele Personen einer solchen Atomwaffendivision in Deutschland zugerechnet werden können, ist nicht klar. Unabhängig da-

von, so zeigen nicht nur die NSU-Anschläge und Morde sowie der Mord an Walther Lübcke, sondern auch zahlreiche extrem rechte Angriffe, gibt es ein ernst zu nehmendes Bedrohungs-

tential für all diejenigen, die als Feinde der nazistischen „Volksgemeinschaft“ definiert werden. (kg)

Werbung für Schoa leugnende Publikationen entdeckt

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) teilte am 23. Juni 2019 mit: „An mindestens sechs Stellen wurde an der Bonner Rheinpromenade mithilfe von Graffiti-Schablonen („Stencils“) Werbung für die Webseite eines englischen Verlags angebracht, welcher geschichtsrevisionistische Videos sowie Bücher bekannter Schoa-Leugner_innen vertreibt.

Der Verlag ist aus der neonazistischen Szene um den in Deutschland verurteilten Schoa-Leugner Gernot Rudolf hervorgegangen, welcher 1993 in einem „Gutachten“ den Massen-

mord in den Gaskammern von Auschwitz anzuzweifeln versuchte. Inzwischen werden Bücher verurteilter Schoa-Leugner_innen wie Fred Leuchter, Ingrid Weckert, Jürgen Graf oder Robert Faurisson zum Verkauf angeboten.

Die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen wird in Deutschland nach §130 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft. Aus diesem Grund werden geschichtsrevisionistische Publikationen wie diese meist in Ländern wie Großbritannien oder der USA veröffentlicht, da sie dort als straffrei gelten.“

Mord-Drohungen gegen Henriette Reker

Nach dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurden in Politik und Öffentlichkeit die Bedrohungen gegenüber Politiker/innen und Engagierten viel diskutiert. Ende Juni hatten unter anderem die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Bürgermeister der Stadt Altena, Andreas Hollstein (die beide bereits Opfer rechtsextremer Angriffe geworden waren) per E-Mail eine Mord-Drohung erhalten. Die Mail entspricht eigentlich nicht einem typisch rechtsextremen Duktus, ist jedoch voller Zynismus und Menschenverachtung. So heißt es beispielsweise: „Wir haben Ihnen bei-

den, jeweils eine Eintrag bzw. Aufruf zum Mord gewidmet.“ Wer sich an den Kosten der „Beseitigung“ der genannten Personen beteiligen wolle, können dafür spenden. Der Absender beendet sein Schreiben mit „Sieg Heil und Heil Hitler!“ und unterzeichnet mit „Die Musiker des Staatsstreicherorchesters“. Ein Tag zuvor hatten sich beide Politiker*innen zum Mord an Walter Lübcke geäußert. Im Kölner Stadt-Anzeiger betonte Oberbürgermeisterin Reker: „Je stärker unsere Vielfalt angegriffen wird, desto mehr werden wir sie verteidigen. Wir werden keinen Zentimeter weichen.“ (jg)

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), unbekannt (M.),
S. 3: Jörn Neumann (o.), Jan Krauthäuser (M.), Jupp Fedler (u.)
S. 4: NS-DOK
S. 5: Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege (o.),
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg (M.)
S. 6: AK Regenbogen in ver.di (o.),
Plan International Deutschland e.V., Aktionsgruppe Köln (M.)
S. 7: Stefanie Riedel/Stadt Köln (o.), Christina Palitsch (u.)
S. 8: Allerweltshaus
S. 9: Ruth Beckermann (M.), unbekannt (u.)
S. 11: Robert-Bosch-Stiftung
S. 12: Robert-Bosch-Stiftung
S. 15: apabiz/Aktives Museum

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.